Zusatzblatt zur Anlage zum Formblatt A

_____ _____
Name, Vorname Bewilligungszeitraum von bis

Erklärung

Vermögensverhältnisse

Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich alle für die Berechnung der Höhe der Aufstiegsfortbildungsförderung maßgebenden Vermögensnachweise vorgelegt habe.

Als Vermögenswerte gelten u.a.: Girokonten, Sparbücher, Sparkonten, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Barvermögen, Prämiensparguthaben, Wertpapiere, Aktien, Sparbriefe, Bundeswertpapiere, Tagesgeldkonten, Festgeldkonten, Fondanteile, Genossenschaftsanteile, Pfandbriefe, etc., Haus- und Grundbesitz (auch Eigentumswohnungen), Personenkraftfahrzeuge usw.

Zusätzliche Angaben, wenn Ziff. 2.5 der Anlage zum Formblatt A (Pkw, Motorräder, etc.) ausgefüllt wurde:

(bitte auch Kopie der Zulassungsbescheinigung Teil I - vormals Kfz-Schein - vorlegen)

Fabrikat Modell (z. B. VW Golf V, TDI, 5-türig) _____

Baujahr _____ Kilometerstand _____ Leistung (kW/PS) _____

ggf. noch bestehende Kreditverbindlichkeiten für das Kfz _____ Euro

Weitere Vermögenswerte - als die bereits vorgelegten - besitze ich nicht.

Prinzipiell ist bei Vermögenswerten der Kontostand bei Antragstellung maßgebend.

Wichtiger Hinweis! Bei unentgeltlichen Vermögensverfügungen kann die Annahme eines Rechtsmissbrauchs naheliegen, wenn diese in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Aufnahme einer förderfähigen Fortbildung erfolgt sind. Ein solcher zeitlicher Zusammenhang ist in der Regel dann gegeben, wenn eine unentgeltliche Verfügung innerhalb von sechs Monaten vor Aufnahme der Fortbildung erfolgt ist. Im Einzelfall kann es sich aber auch um eine größere Zeitspanne handeln. Ein Rechtsmissbrauch ist insbesondere dann anzunehmen, wenn diese unentgeltlichen Zuwendungen an nahe Verwandte oder andere nahe stehende Personen erfolgen.
Bitte überprüfen Sie daher, ob Dritte (z.B. Vater, Mutter, Großeltern) Vermögen auf Ihren Namen angelegt haben.

Einkommensverhältnisse

Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich alle für die Berechnung der Höhe der Aufstiegsfortbildungsförderung maßgebenden Einkommensverhältnisse oder Schätzungen vorgelegt/angezeigt habe.

Zu erwartende Einkünfte aus Nebentätigkeiten - **auch die sogenannten Mini-Jobs** - habe ich angegeben.
Einkünfte, die erst nach Beginn der Antragstellung bekannt werden, werde ich **nachträglich und unverzüglich** dem zuständigen Amt für Ausbildungsförderung mitteilen.

Mir ist bekannt, dass unrichtige oder/und unvollständige Angaben in Bezug auf mein Vermögen und/oder Einkommen **strafrechtlich verfolgt** oder als **Ordnungswidrigkeit** mit einer **Geldbuße** geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

..... ……
Datum Unterschrift